

Entwurf

Protokoll 60. bundesweites ABSP-Treffen am 9. August in Göttingen

Begrüßung: Göttingen 1
Moderation: Göttingen 2
Protokoll: Göttingen 1

Abstimmung zur Erstellung eines Mitschnitts zwecks Unterstützung der Protokollerstellung:
Einstimmig ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme genehmigt

TeilnehmerInnen:

13 MitstreiterInnen aus Braunschweig, Göttingen, Halle/Saale, Hannover, Nordhausen, Potsdam und Zeitz.

Tagesordnung:

- TOP 1 Formalia (Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll), Vorstellungsrunde,
- TOP 2 Was und wie viel bedeutet der gesetzliche Mindestlohn ab 1.1.2015, und wie ist die Lage der Erwerbslosen?
- TOP 3 Jeder Mindestlohn muss lohnsteuerfrei sein – Aktionsmonat im Herbst
- TOP 4 Themenveranstaltung zum BGE im Oktober – Planung der letzten Details
- TOP 5 Das Unrecht soll weiter verschärft werden?! – Ausblick auf die Vorschläge zur Veränderung der Hartz-IV-Gesetze und was diese für Erwerbslose bedeuten
- TOP 6 Aktuelles

Beschluss der Tagesordnung:

Ohne Änderungen einstimmig ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme angenommen

Genehmigung letztes Protokoll:

Ohne Änderungen einstimmig ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme genehmigt.

TOP 2 Was und wie viel bedeutet der gesetzliche Mindestlohn ab 1.1.2015, und wie ist die Lage der Erwerbslosen?

Es gibt nach wie vor viele Strukturen, die Lohn drücken: Werkverträge mit Norm, wie Zeitungsausträger usw. Werkverträge mit 4 oder 5 Schichten von Subunternehmern aus verschiedenen Ländern, so dass die Kontrolle nur sehr schwer möglich ist.

TOP 3 Jeder Mindestlohn muss lohnsteuerfrei sein – Aktionsmonat im Herbst

Zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes sprachen die TeilnehmerInnen über einige Steuerskandale: Mehrwertsteuer, die vor allem die Ärmsten trifft und für die es auch noch massive Erhöhungspläne in Form von 19/7 zu 16 Prozent (einheitlich) gibt; zu geringer Lohnsteuerfreibetrag usw. Zum vorliegenden Entwurf für einen Vorabaufwurf zur Forderung nach Lohnsteuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns gab es folgende Änderungsvorschläge:

- Der Absatz „Liebe Kolleginnen ...“ soll ganz nach oben gezogen werden,
- Dass noch höhere Forderungen notwendig wären, um Familien zu versorgen, 10 Euro lohnsteuerfrei also eine bescheidene Forderung ist, soll vage erwähnt werden,
- Aktionsmonat Oktober findet auch begleitend zu AufRECHT bestehen (Aktionstag am 2. Oktober) statt.

TOP 4 Themenveranstaltung zum BGE im Oktober – Planung der letzten Details

Es soll eine Veranstaltung stattfinden: 10 min + 10 min Contra und Pro BGE + 100 min Diskussion.

Referat Contra: Kritik des BGE als Grundlage <http://www.klartext-info.de/broschueren/Rainer_Roth_Zur_Kritik_des_BGE.pdf>

Referat Pro: Es kommen verschiedene Referenten in Frage, die angefragt werden sollen: Thomas Elstner aus Gera oder Stefan Pudritzki aus Göttingen oder andere.

TOP 5 Das Unrecht soll weiter verschärft werden?! – Ausblick auf die Vorschläge zur Veränderung der Hartz-IV-Gesetze und was diese für Erwerbslose bedeuten

Zeitler Mitstreiter fasst die vorliegenden Informationen zu den „Rechtsvereinfachungen“ aus dieser PDF-Datei zusammen <<http://www.harald-thome.de/media/files/ASMK-Schlussbericht-02.07.2014.pdf>>:

Es handelt sich um sehr viele vorgeschlagene Regelungen zu unterschiedlichen Punkten. Es ist festzustellen, dass Vereinfachungen hauptsächlich nur in Punkten vorliegen, wo ein Betrag zu Ungunsten von Alg-II-Empfängern eingefordert werden könnte, aufgrund der mangelnden Höhe aber den Verwaltungsaufwand nicht lohnt. Hier wäre also für die Behörde sowieso nichts „zu holen“. Wo es aber um höhere Beträge zu Ungunsten von Alg-II-EmpfängerInnen geht, da sollen einige Punkte verschärft werden. Aus Sicht von Erwerbslosen und allen Lohnabhängigen sind die meisten vorgeschlagenen Änderungen abzulehnen.

TOP 6 Aktuelles

Die Idee einer Veranstaltung in Berlin zum Thema „Sanktionsbewehrter Zwang in Hungerlohn“, also die Gegenwehr gegen den zu geringen Eckregelsatz und das Sanktionsregime, soll ausgelotet werden.

Göttingen 1 wird in Berlin im Umfeld von ver.di anfragen, ob eine solche Veranstaltung in Kooperation möglich wäre.

Halle/Saale will bei dem „Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V.“ (BüSGM) anfragen, ob eine solche Veranstaltung unterstützt würde.

Das nächste Treffen in MD wird am 11. oder 18. Oktober stattfinden. Vorzuziehen wäre der 18. Oktober.